

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 23. September 2013

Verfasser: Cyrill von Planta

In der Ratssitzung vom 23. September befasste sich der Kantonsrat mit Geschäften im Gesundheitswesen. Neben der Abschreibung von einigen Postulaten, die im Rat als eigentliche Ladenhüter galten, konzentrierten sich die Diskussionen auf drei Vorstösse: Ein Postulat zur Schaffung eines Babyfensters im Kanton Zürich, ein Postulat für höhere Fallpauschalen für die Zürcher Spitäler und schliesslich unser glp-Vorstoss, der sich für die Verwendung von Biofleisch in den kantonalen Verpflegungsbetrieben einsetzt.

### **Postulat für Babyfenster wird überwiesen** (Cyrill von Planta)

Gegen die Stimmen der grünliberalen Fraktion wurde die in ein Postulat umgewandelte Motion der EDU vom Rat überwiesen. glp-Sprecher Cyrill von Planta (Zürich) stellte den Sinn zusätzlicher Babyfenster in Frage, weil die wenigen Fälle von Kindesaussetzungen, die heute noch stattfinden, Personen betreffen, die den Umfang der zahlreichen staatlichen und privaten Angebote nicht kennen. Anstelle eines Babyfensters würde eine bessere Kommunikation der existierenden Angebote verzweifelten Müttern mehr helfen. Zudem müsse man sich bewusst sein, dass die implizite Förderung von Geburten ausserhalb des Spitals eine zusätzliche Gefährdung von Mutter und Kind darstellt, welche in der Summe mehr Menschenleben gefährdet.

### **Keine Erhöhung der Fallpauschalen via Postulat** (Eva Gutmann)

Ein SP-Postulat, das den Regierungsrat zur Erhöhung der Fallpauschalen verpflichten wollte, wurde von der glp und dem Rat klar abgelehnt. Wie unsere Kantonsrätin Eva Gutmann (Zürich) darlegte, sind das System und die Methoden, welche den heutigen Fallpauschalen zugrunde liegen, nicht etwa neu, sondern basieren auf einem lange erprobten System. Kantonsrätliche Schnellschüsse wegen gefühlten Unstimmigkeiten sind deshalb fehl am Platz. Zudem ist es weniger als zwei Jahre nach der Einführung der Fallpauschalen noch zu früh, um Schlüsse über Marktversagen oder zu geringe Pauschalen zu ziehen. Zuerst müssen die Spitäler ihre Abläufe und ihr Angebot optimieren. Davon abgesehen ist das Postulat auch nicht im Sinne des neuen Spitalfinanzierungsgesetzes, nach dem der Regierungsrat die Höhe der Fallpauschalen und Tarife bloss akzeptiert oder ablehnt, aber nicht selbst verhandelt.

### **Vorläufig keine Verpflichtung zu Biofleisch in den kantonalen Verpflegungsbetrieben** (Andreas Hauri)

Der Vorstoss unserer beiden Kantonsräte Denise Wahlen (Zürich) und Andreas Hauri (Zürich) wurde vom Rat leider nicht überwiesen. Das Postulat verlangte, dass die kantonalen Verpflegungsbetriebe auf Fleisch von in- und ausländischer Massentierhaltung verzichten. Der Verzicht sollte kostenneutral umgesetzt werden, was nicht nur über die Reduktion der Menge, sondern auch über die intelligentere Zubereitung von Fleischstücken, die nicht Filet sind, möglich wäre. Damit würde der Kanton helfen, den von der Tierhaltung verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu verringern und ausserdem die artgerechte Tierhaltung unterstützen.